

## Angst vor einem zweiten Somalia

### Der Jemen bereitet Sorgen

SANAA, im Dezember. Alle zehn Finger müssen es sein, und für das obligatorische Foto legen die Frauen sogar ihre schwarzen Gesichtsschleier ab. Digitalkameras und Scanner erfassen jeden Mitarbeiter des jemenitischen Ministeriums für den öffentlichen Dienst und Versicherungen in der Hauptstadt Sanaa, wo der Strom nachts oft nicht für alle Viertel reicht und wie vor Jahrhunderten müde Kamele die letzten Ölmöhlen antreiben. Bei der Biometrie aber ist die Regierung ganz vorn dabei. Selbst Einwände frommer Muslime halfen nichts: Frauen, die sich auf der Straße bis auf ihre Augen ganz verschleiern, lassen im Ministerium ihr Gesicht fotografieren – wenn auch nur von Frauen. „Wer nichts zu verbergen hat, liebt die Ordnung“, sagt Abteilungsleiter Mohammed al Hendi.

Die neuen Dienstweise, die ein deutsches Unternehmen im Auftrag der Weltbank in diesen Tagen erstellt, sollen zeigen, daß es der Jemen mit seinem Kampf gegen Betrug und Korruption ernst meint. Denn auf den Gehaltslisten der Ministerien und Behörden wimmelt es nicht nur von Toten, sondern auch von Mitarbeitern, die gleichzeitig noch anderswo arbeiten. Viele von ihnen erscheinen nie zum Dienst, schauen aber zum Monatsende rein, um sich ihren Lohn auszahlen zu lassen. „Die Weltbank schätzt, daß rund ein Drittel der Angestellten eine doppelte oder mehrfache Identität besitzt. Nimmt man die Ministerien zusammen, sind das mehr als eine Million Menschen“, sagt Projektleiter Sergej Hassouma von der Hamburger Firma Dermalog. Zwar erhalten die einfachen Beamten oft kaum mehr als hundert Dollar im Monat. Aber schon unter den 450000 Bediensteten im ersten Ministerium, dessen Mitarbeiter Dermalog gerade erfaßt, können solche Betrügereien den Staat schnell Millionen kosten.

Sie machen jedoch nur einen kleinen Teil der Korruption aus, die Jemeniten wie westliche Geber immer stärker kritisieren. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International fiel der Jemen zuletzt vom 103. auf den 111. Rang zurück (unter 158 bewerteten Staaten). Der seit 1978 regierende Präsident Ali Abdullah Saleh stellte sich im September den für jemenitische Verhältnisse bisher freisten Wahlen und will jetzt die erste Dreifache dafür einfahren. „Die Regierung er-

hofft sich einen Schub an Vertrauen und Unterstützung und versucht, den aus ihrer Sicht positiven Wahlverlauf nach außen zu vermarkten“, sagt Felix Eikenberg, der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sanaa. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten.

Schon im November sagte eine internationale Geberkonferenz in London 4,7 Milliarden Dollar zu, auf die die Regierung in Sanaa gehofft hatte. Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern ist diese

## Aus dem Jemen

berichtet Hans-Christian Rößler

über fünf Jahre verteilte Summe nicht sonderlich hoch, aber für den Jemen ist nicht nur ihre Höhe von Bedeutung: Die Hälfte der versprochenen Mittel kommt aus arabischen Ländern, zu denen der Jemen seit Anfang der neunziger Jahre nicht gerade freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Im ersten Krieg gegen den Irak hatte sich Präsident Saleh 1991 auf die Seite Saddams Husseins gestellt und später bitter dafür bezahlt. Fast eine Million jemenitische Gastarbeiter mußten die reichen Golfstaaten verlassen. Jetzt führt das Nachbarland Saudi-Arabien mit einer Milliarde Dollar die Liste der Geber an, es folgen die Vereinigten Arabischen Emirate und Qatar mit je einer halben Milliarde. Die Vereinigten Staaten stellten 220 Millionen Dollar bereit.

Von einem „Quantensprung“ sprechen westliche Diplomaten in der jemenitischen Hauptstadt nicht zuletzt, weil dem Jemen der Weg in den Golfkooperationsrat offenstehen könnte – wenn das auch noch mehr als ein Jahrzehnt dauern könnte. Vor allem der Widerstand des 1990 vom Irak überfallenen Kuweit scheint geschmolzen zu sein. Dem Jemen, dessen knappe Ölvorkommen wohl nur noch rund zehn Jahre reichen könnten, wäre schon geholfen, wenn wieder mehr Gastarbeiter von den reichen Golfstaaten ihre Familien in der Heimat unterstützen könnten.

Die neue Offenheit in den Nachbarländern ist nicht selbstlos: Nicht nur die Nachbarländer Saudi-Arabien und Oman fürchten, daß der Jemen weiter in Instabilität und Armut abgleiten könnte – mit schlimmen Folgen, wie zunehmender illegaler Migration, zunehmendem Schmuggel und grenzüberschreitenden terroristischen Aktivitäten. Diese Sorgen teilen auch europäische Diplomaten, nach deren Ansicht es zu verhindern gilt, daß der Jemen zu einem „zweiten Somalia“ wird.

Am guten Willen der Geber liegt es aber nicht alleine: Defizite gebe es weniger bei den finanziellen Mitteln als bei ihrer Verwendung, sagen ausländische Fachleute in Sanaa. Diese Meinung teilen auch Jemeniten. „Es ist richtig zu helfen, aber

die Hilfe sollte nicht über die Regierung gehen“, kritisiert Abdullah al Faqih, der an der Universität Sanaa Politikwissenschaft lehrt und in der Zeitung „Al Wasat“ wöchentlich in seiner Kolumne mit der Regierung hart ins Gericht geht – das



Mit Ausweisen gegen Betrug Foto: K. Heynath

ist im Jemen im Unterschied zu anderen arabischen Ländern möglich. Aber es ist wohl eher Kritik aus Washington, die die jemenitische Führung zum Handeln bewegt. Nachdem vor einem Jahr Amerika und die Weltbank die Unterstützung um fast 800 Millionen Dollar kürzten, zeigte sich Saleh schnell zu Reformen bereit: Er verzichtete auf das Recht, selbst oberster Richter im Land zu sein, und ließ Frauen in die höchsten Richterämter aufsteigen, die ihnen zuvor verschlossen waren.

Auch nach der Wiederwahl bleibt für den mit mehr als 77 Prozent im Präsidentenamt bestätigten Saleh der politische Spielraum begrenzt. Weiterhin muß er sich weiter auf Kompromisse mit den mächtigen Stämmen einlassen; Stellen im Staatsdienst waren dabei ein Mittel, um sie zufriedener zu stimmen. Vorsichtshalber ließ Saleh denn auch drei Tage vor der Präsidentenwahl allen Beamten ein zusätzliches Monatsgehalt überweisen. Und Drohungen der Regierung, sie werde hart gegen diejenigen Angestellten durchgreifen, die mehr als ein Staatsgehalt beziehen, verband er mit einem verständlichen Angebot: Wer sich freiwillig offenbare, erhalte die unrechtmäßigen Zahlungen noch ein halbes Jahr länger, wer später ertappt werde, dem drohten harte Strafen. Nach Salehs Aufruf sollen sich allein rund 40000 Militärangehörige gemeldet haben.